

Tram-Urnengang verschoben

Basel (sda). Über das geplante Basler Erlenmatt-Tram wird erst am 18. Mai 2014 an der Urne entschieden, nicht schon am 9. Februar. Die Regierung hat gestern den bereits publizierten Termin wegen einer Stimmrechtsbeschwerde vertagt.

Beschwert hatten sich Gegner der neuen Tramlinie, weil sie wegen der Festtage fürchteten, zu wenig Zeit für ihren Referendums-Abstimmungskampf zu haben, respektive weil so die Meinungsbildung erschwert sei. Mit dem neuen Termin ist laut Regierung die Beschwerde gegenstandslos geworden.

Die Beschwerde hatte im Weiteren gerügt, dass der Abstimmungstermin festgelegt worden war, bevor das Referendum zustande gekommen war. Laut Regierung sei dies „ausnahmsweise“ so erfolgt, entspreche aber dennoch einer „langjährigen kantonalen Praxis“.



Eine Tramlinie soll aufs Erlenmatt-Areal führen. Foto: Fraune

Gegen die neue Tramstrecke zum Basler Erlenmatt-Quartier, welche der Große Rat am 23. Oktober beschlossen hatte, haben CVP, FDP, LDP und SVP das Referendum ergriffen. Den Bürgerlichen ist die 76,9-Millionen-Vorlage viel zu teuer, der Ratslinken hingegen ist sie wichtig für das ganze künftige Basler Tramnetz.

Kirchen auf dem Prüfstand

Römisch-katholische Kirche von Basel-Stadt will vermehrt Gebäude umnutzen

Basel (sda). Die Römisch-Katholische Kirche Basel-Stadt (RKK) sucht für einen Teil ihrer Liegenschaften eine neue Verwendung. Denn angesichts der schrumpfenden Mitgliederzahl ist die Unterhaltung des bestehenden Portfolios kaum mehr zu finanzieren. Auch einzelne Kirchen kommen auf den Prüfstand.

In ihre Liegenschaften muss die RKK kurz- bis mittelfristig 17,5 bis 23 Millionen Franken investieren, wie es gestern bei einer Medienkonferenz in Riehen hieß. Allein für die elf Kirchen wird der Aufwand auf sieben bis neun Millionen Franken veranschlagt. Dafür fehlt der Kirche aber das Geld.

Deshalb versucht die RKK, einen Teil ihrer Gebäude in sogenannte Ertragsliegenschaften umzuwandeln. Bei manchen ist dies bereits gelungen: Aus rund 20 Liegenschaften resultieren Einnahmen von rund 1,9 Millionen Franken. Damit können gerade die Betriebskosten für das gesamte Liegenschaftsportfolio gedeckt werden, nicht aber die nötigen Rückstellungen von zwei Millionen Franken pro Jahr für die Instandhaltung.

Nach Angaben von Bruno Chiavi, Planungsarchitekt der RKK, stehen derzeit verschiedene Nutzungsänderungen zur Diskussion. Für die Christophorus-Pfarrei in Kleinbasel etwa wird die Umzonung des Areals angestrebt, um dort



Ein Beispiel: Die RKK prüft, in der bereits geschlossenen Don Bosco-Kirche im Breite-Quartier einen Konzertsaal einzurichten und diesen zu vermieten. Foto: Juri Weiss

Wohnbauten erstellen zu können. Die Kirche selbst soll dabei aber vorerst stehen bleiben.

Ungewisser ist dagegen die Zukunft der St. Michaels-Kirche im Hirzbrunnenquartier. Auf diesem Areal stehen ein ökumenisches Zentrum und Alterswohnungen zur Diskussion. Schließlich prüft die

RKK, in der bereits geschlossenen Don Bosco-Kirche im Breite-Quartier einen Konzertsaal einzurichten und diesen zu vermieten.

Die Umnutzung von Kirchengebäuden ist laut Chiavi deshalb besonders schwierig, weil sieben von ihnen unter Denkmalschutz stehen. Zudem muss auch der Bischof die

Nutzung der Gebäude für nicht-kirchliche Zwecke absegnen. Überdies werde keine Kirche gegen den Willen der jeweiligen Pfarrei umgenutzt, versicherte Kirchenratspräsident Christian Griss.

Vom Bedürfnis her gibt es laut Griss an sich keinen Grund für Kirchenschließungen. Samstags und Sonntags seien alle Basler Gotteshäuser gut genutzt - wenn nicht von einheimischen, dann von fremdsprachigen Gläubigen, deren Zahl stark ansteige. Nur erhalte die RKK von den ausländischen Missionen kaum Geld. Die Frage sei, wie viele Kirchen sich die RKK leisten wolle, sagte Griss.

Weniger problematisch ist die Umnutzung anderer Gebäude im RKK-Portfolio. Neue Lösungen, die zu einem höheren Ertrag führen sollen, werden namentlich für Pfarr- und Sigristenhäuser und für Pfarreiheime gesucht. So soll das St. Franziskus-Pfarrhaus in Riehen künftig betreutem Wohnen dienen. Entsprechende Gespräche mit dem Kanton sind im Gang.

Der Gebäudeversicherungswert der RKK-Immobilien beläuft sich derzeit auf 200 Millionen Franken und liegt damit nur um fünf Millionen Franken unter dem Wert von 1973. Damals zählte die Römisch-Katholische Kirche Basel-Stadt jedoch über 99 300 Mitglieder. Heute sind es noch 28 000 Mitglieder. Die finanziellen Lasten verteilen sich folglich auf markant weniger Schultern.

Fusion bei der Zahnmedizin

Basel (sda). Die Basler Regierung hat die Vorlage zur Fusion der öffentlichen Zahnkliniken und der universitären Zahnmedizin zu einem neuen Zahnmedizin-Zentrum ans Kantonsparlament weitergeleitet. Nachgebessert hat sie nach der Vernehmlassung die vorgesehene Pensionskassenregelung.

Die nun beantragte Pensionskassenregelung sehe für den Leistungsplan der Mitarbeiter des neuen Zentrums die gleichen gesetzlichen Bedingungen vor wie für das Staatspersonal, teilte die Regierung gestern mit. Sie reagiert damit auf Bedenken zu den Anstellungsbedingungen. Wie angekündigt, will die Regierung die öffentlichen Zahnkliniken aus der Verwaltung ausgliedern und mit der Zahnmedizin der Universität Basel zusammenlegen.

Die Gründung des neuen Universitären Zentrums für Zahnmedizin Basel (UZB) ist für Anfang 2015 vorgesehen. Bis 2018 soll zudem ein Neubau auf einem Campus im Sental-Areal entstehen.

Höherer Lohn bei Roche

Basel. Der Pharmakonzern Roche erhöht die Lohnsumme für ihre mehr als 11 000 Mitarbeiter in der Schweiz zum 1. April 2014 um 1,7 Prozent. In den vergangenen Wochen haben entsprechende Verhandlungen mit dem Angestelltenverband Roche Schweiz und der Arbeiterkommission Roche Basel stattgefunden.